



Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnsdpd.de

web www.koelnsdpd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 16.09.2021

AN/1989/2021

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	16.09.2021

**Entwicklung eines Fahrplans für Corona-Maßnahmen im Herbst und Winter:
Gesundheitsschutz sicherstellen und Lockdown vermeiden**

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag in die Tagesordnung des Rates am 16.09.2021 aufzunehmen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Stadtverwaltung auf, einen eigenen Fahrplan zu entwickeln, mit welchen Maßnahmen bei kritischen Inzidenzen, kritischer Hospitalisierungsrate und/oder kritischem Covid-Anteil an der Intensivkapazität der Gesundheitsschutz in Köln am besten sichergestellt werden kann. Das Mittel des (Teil-)Lockdowns soll möglichst nicht noch einmal Anwendung finden. Dieser Fahrplan soll dem Hauptausschuss am 27.09.2021 zur Beratung vorgelegt werden.

Begründung:

Zwar sinken die Corona-Infektionszahlen in Köln langsam wieder, aber seit mehreren Wochen liegt der Inzidenzwert über 100 und damit über dem Bundesdurchschnitt – am 14.09.2021 zum Beispiel bei 101,6. Gesundheitsexpert*innen warnen weiterhin vor einer vierten Welle im Herbst. Insbesondere gebe die bei rund 62 Prozent stagnierende Impfquote der gesamtdeutschen Bevölkerung Anlass zur Sorge. Erst mit einer Impfquote von über 75 Prozent sei mit einer deutlichen Reduzierung der Gefährdungslage im kommenden Herbst und Winter zu rechnen. Dem jüngsten RKI-Wochenbericht zufolge haben 83 Prozent der über 60-Jährigen in der Bevölkerung den vollen Impfschutz. Bei den Erwachsenen unter 60 Jahren liegt die Quote bei 66 Prozent. Ein Viertel der Kinder und Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 ist zurzeit vollständig geimpft. Laut Bundesregierung liegt die Impfquote für einen sicheren Herbst und Winter bei den über 60-Jährigen bei über 90 Prozent und bei den 12- bis 59-Jährigen bei 75 Prozent. Dafür seien noch mindestens fünf Millionen Impfungen nötig.

Damit ist klar, dass sich Köln als größte Kommune in NRW mit über einer Million Einwohner*innen und neun Bezirken sofort vorbereiten muss, um insbesondere einer möglichen Überlastung der Kölner Krankenhäuser vorzubeugen. Es ist Aufgabe der Stadtverwaltung, Vor- und Nachteile von Maßnahmen wie z. B. der Einführung einer 2G-Regelung nach Hamburger Modell oder dem Festhalten an der zurzeit landesweit geltenden 3G-Regelung abzuwägen und diese Maßnahmen ggf. zu verfügen. Dabei ist es wichtig, dass wir in Köln weiter so viel Normalität wie möglich zulassen, aber gleichzeitig für einen optimalen Infektionsschutz sorgen. Da eventuell zu veranlassende über die CoronaSchVO hinausgehende Maßnahmen der Zustimmung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) bedürfen (§ 5 Abs. 3 CoronaSchVO), sollte die Stadtverwaltung jetzt Gespräche mit dem MAGS aufnehmen, um ein Einvernehmen herzustellen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Begründung der Dringlichkeit:

In dieser Woche führten immer mehr Bundesländer das 2G-Optionsmodell ein. Die NRW-Landesregierung lässt sich bisher Zeit und hat noch keinen landesweiten Weg aufgezeigt, wie man in diesem Herbst und Winter die sich abzeichnende vierte Welle unter Kontrolle halten will. Dabei hatte der Städtetag NRW bereits am 09.09.2021 an das Land NRW appelliert, eine 2G-Regelung für den Freizeitbereich einzuführen. Angesichts der zu niedrigen Impfquote, einer möglichen Überlastung der Kliniken, des Endes der kostenlosen Bürgertests im Oktober und des Starts der deutschlandweiten Impfwoche ist es dringlich, dass sich der Stadtrat berät, welche Richtung die Stadt in der Bekämpfung der Corona-Pandemie einschlagen will. Dabei geht es auch darum, die Öffentlichkeit und die Kölner Stadtgesellschaft auf eventuelle Verschärfungen und Einschränkungen, die die Umstellung der Regeln von 3G auf 2G mit sich bringen würde, vorzubereiten. Diesen Herbst muss zudem angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen in Köln alles daran gesetzt werden, dass ein Lockdown oder auch ein Teil-Lockdown verhindert wird.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Homann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer